

Frei, anonym und kostenlos – was geschieht mit den freien Frequenzen?

Perspektiven zur Digitalisierung der Freien
Radios am Beispiel Deutschland

Sabine Fratzke

Ein Auszug aus dem Buch:
„BUILDING A EUROPEAN DIGITAL PUBLIC SPACE“

Das Gesamtbuch ist erhältlich unter: www.irights-lab.de

IRIGHTS
media



Frei, anonym und kostenlos – was geschieht mit den freien Frequenzen?

Perspektiven zur Digitalisierung der Freien
Radios am Beispiel Deutschland

Sabine Fratzke

Abstract

Eine Abschaltung von UKW wird seit Jahren immer wieder proklamiert und kontrovers diskutiert. Mit der Digitalisierung des terrestrischen Rundfunks soll die analoge UKW-Übertragung dem digitalen Standard Digital Audio Broadcasting DAB+ weichen. Viele sehen mittlerweile Internet und Mobilfunk als bessere Alternative. Welche Auswirkungen haben digitale lineare und nicht-lineare Techniken wie Internet, 5G und Small Scale DAB auf das Medium Radio? Welche Bedürfnisse Freier Radios müssen erfüllt werden, um ihren besonderen Beitrag zu Teilhabe, Medien- und Demokratiekompetenz zu erhalten? Der Beitrag beleuchtet, welche Übertragungstechniken für die zukünftige Verbreitung von nichtkommerziellem Hörfunk geeignet sind. Die Freien Radios haben bereits selbst Vorschläge erarbeitet, die hier aufgegriffen und erläutert werden. Dabei wird gezeigt, welche Probleme die zögerliche Anerkennung der freien Radios als eigenständige Rundfunkart im Rahmen der digitalen Disruption zunehmend aufwirft.

Einleitung

Verlieren Hörfunk-Stationen in Ungarn die UKW-Lizenz ist, die Entrüstung groß. Doch gleichzeitig schwebt in Deutschland über den Freien Radios das gleiche Damoklesschwert: Hier enden bundesweit Mitte der 2020er-Jahre die Lizenzen von vielen Freien Radios. Wie es nach 2025 weitergeht, ist unklar. Die Sender befürchten eine „Abschiebung“ ins Internet.

Analog und digital: Terrestrische Verbreitung von UKW bis DAB

UKW-Frequenzen sind technisch limitiert und deshalb extrem begrenzt verfügbar. Der digitale Nachfolger der terrestrischen Übertragung Digital Audio Broadcasting (DAB) soll mehr Platz auf dem Äther schaffen. An dieser Idee arbeitet der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) in Deutschland seit den 1990er-Jahren. Mit dem weiterentwickelten Standard DAB+ ist er beauftragt, die digitale Infrastruktur aufzubauen.

Dem finanziellen Kontrollgremium, der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF), dauert das zu lange. Sie mahnt seit einem Jahrzehnt das Ende des Simulcast-Betriebs an. Die KEF bemängelt, dass auf Kosten der Gebührenzahler:innen mit UKW und DAB+ zwei redundante Systeme parallel betrieben werden. Bereits im 21. Bericht (KEF 2018: Tz 285, S. 184) forderte das Gremium die Herbeiführung einer Entscheidung zur Abschaltung von UKW. Andernfalls würde man sich vorbehalten, den Ausgaben für DAB+ nicht mehr zuzustimmen.

Der niedersächsische Landtag öffnete die Diskussion in eine ganz andere Richtung und forderte den Ausstieg aus DAB+ (Landtag Niedersachsen 2019: S. 1). Es solle auf „zukunfts offene Technologien“ wie den Mobilfunkstandard 5G gesetzt werden. Alle hätten heute einen Computer oder ein Smartphone, so die Argumentation. Der Hörfunk müsse dorthin wo die User:innen bereits sind – ins Internet.

Frei, anonym und kostenlos: Neue Distributionswege

Die Überlegung, das aktuelle Konzept von Internet und Mobilfunk als kostengünstige Alternative zu UKW oder DAB+ zu etablieren, weist jedoch in die falsche Richtung. Denn Rundfunk muss frei von politischer und wirtschaftlicher Beeinflussung, anonym empfangbar und – abgesehen von allgemein anfallenden Rundfunkgebühren – ohne zusätzliche Bezahlschranken für alle kostenlos hörbar bleiben. Neben den Gebühren der privatwirtschaftlich orientierten Betreiber:innen ist die Verbreitung über Internet und Mobilfunk vor allem aus demokratischen Gründen bedenklich. Informationen sind nicht frei nutzbar. Daten fließen an den Provider zurück, werden bewertet und gefiltert. Kurze emotionale Meldungen wie Hate Speech oder Fake News verbreiten sich dabei besser und schneller als journalistisch aufbereitete Informationen. Die Folgen sind – wie wir spätestens seit dem Sturm auf das US-amerikanische Kapitol wissen – Demokratie gefährdende Echokammern.

Mit 5G Broadcast gibt es zwar eine vielzitierte Downlink-only-Variante für anonymen und kostenfreien Mobilfunkempfang. Sie ist jedoch lediglich für eine lokal begrenzte Versorgung von beispielsweise Fußballstadien oder Festivals konzipiert. Der Einsatz in der Fläche wird derzeit nur für Fernsehen entwickelt. Für Hörfunk ist es in der Praxis nicht empfehlenswert. Eine Abdeckung könnte zwar für Geräte ohne SIM-Karte und Mobilfunkvertrag als free-to-air-Service realisiert werden, aufgrund geringer Reichweite benötigt diese jedoch eine enorme Zahl an Sendemasten und damit verbunden einen sehr hohen Stromverbrauch und hohe Providerkosten.

Viel diskutiert ist auch das Konzept Small Scale DAB. Jenseits von koordinierten landes- und bundesweiten Multiplex-Layern sollen damit lokale Versorgungsgebiete abgedeckt werden. Statt über hohe Funktürme wird über eine geringe Anzahl von ein bis zwei Masten, häufig auf niedrigeren Standorten, ausgestrahlt. Der Einsatz von kostengünstiger Open Source Software ist in diesem Konzept das vielversprechende Element. Bereits erfolgte Tests von Regulierungsbehörden waren jedoch nicht in jedem Fall befriedigend: Die einwandfreie Versorgung eines zusammenhängenden Sendegebiets variiert stark in Abhängigkeit von geographischer Topologie und Sendeparametern (Kretzschmann 2015: S. 60). Ob Small Scale DAB für ein Sendegebiet geeignet ist, muss jeweils individuell bewertet werden.

Tendenziell werden mit dem Einsatz von Small Scale DAB die bisherigen UKW-Verbreitungsgebiete verkleinert.

Ein generelles Problem der mobilen Breitbandnetze ist die Netzneutralität: Mobilfunkanbieter bieten Pakete an, bei denen bestimmte Dienste, wie zum Beispiel Spotify, nicht auf das Datenvolumen angerechnet werden. Dieses sogenannte Zero-Rating führt dazu, dass diese Dienste bevorzugt genutzt werden. Um Teil dieses Zero-Rating zu werden, müssten mit jedem Mobilfunkanbieter einzelne Verträge abgeschlossen werden – international gesehen wären das Hunderte einzelner Verträge.

Kunst oder kann das weg? Zukünftige Verbreitung und Auffindbarkeit Freier Radios

Eine allein auf das Internet basierte Zukunftsperspektive fordert eine Denkwende auch bei den Freien Radios selbst ein. Bisher war DAB+ wegen technischer Defizite und höherer Kosten noch höchst unpopulär. Vor dem Hintergrund des Verlustes des Alleinstellungsmerkmals UKW wurde eine Neubewertung durchgeführt: Freie Radio zielen zwar nicht auf marktorientierte Reichweiten ab, sie streben jedoch eine publizistische selbstreflektierende Wirkung an, sie wollen Menschen den Zugang zum Massenmedium ermöglichen und sie zur emanzipatorischen Teilhabe befähigen (BfR 2012). Das geschieht etwa durch journalistische Weiterbildung oder gemeinsame Produktion. Um über die einzelnen Echokammern hinweg weiter wirksam und gleichzeitig für alle Menschen gleichermaßen erreichbar zu sein und ihnen Partizipation ermöglichen zu können, müssen die Mechanismen der Plattformökonomie, vor allem die Fragmentierung, überwunden werden. Damit eine professionelle vergleichbare Auffindbarkeit und Verbreitung über Internet und Mobilfunk erreicht werden können, müssten die zivilgesellschaftlich getragenen Initiativen dabei einen erheblichen Aufwand betreiben, der das Budget für UKW oder DAB+ bei weitem sprengt.

Die Community Medien finanzieren sich europaweit gesehen vorwiegend über Förderbeiträge und Spenden. Eine Verkleinerung der Sendegebiete, wie sie bei Small Scale DAB-Betrieb eintreten würde,

wäre für die Radiosender finanziell und personell gesehen ein kritischer Einschnitt. Die Zahl der Förder:innen und ehrenamtlich Engagierten korreliert bei den Community Radios direkt mit der Zahl der erreichbaren Hörer:innen. Die Verbreitungsgebiete der Freien Radios sind in der Regel bisher eher knapp kalkuliert und decken häufig nicht einmal die gesetzlich geforderte Versorgung kompletter, zusammenhängender Kommunikations-, Kultur- und Wirtschaftsräume.

Noch tiefgreifender wären die Folgen beim Wegfall der terrestrischen Verbreitung: Die Auffindbarkeit geht im Internet verloren. Dadurch und durch die Benachteiligung aufgrund der Plattform-Algorithmen wäre eine dramatisch sinkende Reichweite absehbar. Die Attraktivität für ehrenamtliches Engagement im Studio und vor Ort ginge verloren. Die kollaborative redaktionelle Arbeit würde sich schließlich in Filterblasen der isolierten Podcast-Produktion zu Hause vereinzeln, wo es nicht mehr notwendig ist, unterschiedliche Positionen in Face-to-face Kommunikation ausdiskutieren. Die sozialen Orte der Vermittlung gingen den Community Medien unwiederbringlich verloren und könnten auch nachträglich nicht mehr etabliert werden.

Die Freien Radios drängen daher auf die Sicherstellung der gleichberechtigten Auffindbarkeit und der gleichberechtigten Verbreitung für Community Medien. Die Zeit drängt: Seit der Netzbetreiber Media Broadcast 2017 seine UKW-Antennen abgestoßen hat, wird das Umstiegs-Szenario immer konkreter. UKW sollte in Teilen Deutschlands 2025 abgeschaltet werden. Im Unterschied zur letzten Deadline zehn Jahre zuvor, baut auch die KEF jetzt Druck auf: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat deshalb damit begonnen, die Kosten für den Simulcast-Betrieb sukzessive zu reduzieren. Im Jahr 2029 soll die Förderung für DAB+ aus Rundfunkmitteln gänzlich eingestellt werden. Die Lizenzen für die meisten Freien Radios im Bundesgebiet laufen Mitte der 2020er-Jahre aus. Das bedeutet: Bis dahin muss ein Alternativkonzept für die Freien Radios realisiert und auch etabliert sein!

Für die Hörer:innen "frei, anonym und kostenfrei" ist neben UKW derzeit nur die DAB+ Verbreitung. Allerdings ist die Berücksichtigung von Community Medien hier europaweit vollkommen uneinheitlich geregelt. In Frankreich werden nach Auskunft des Berufsverbands Syndicate National des Radios Libre seit 2020 bereits 110 Sender mit einem stabilen Finanzierungsmodell auf DAB+ verbreitet, davon 80 im UKW-Simulcast-Betrieb. In den nächsten sechs Jahren sollen jährlich weitere 70 Stationen hinzukommen (Boutterin 2021). In Deutschland

liegt die Hoheit der Mediengesetzgebung größtenteils bei den Bundesländern und hier gibt es in der Ausgestaltung grundlegende Differenzen. Während beispielsweise Bayern seine Freien Radios von Anfang an auf offiziell koordinierten Layern berücksichtigt, weist das gedachte Szenario für Community Medien in vielen anderen Ländern bisher still und leise in Richtung World Wide Web. Manchen Freien Radios wurde unverblümt mitgeteilt, ihre Zukunft läge im Internet, DAB+ sei für sie zu teuer.

In Baden-Württemberg hat der Dachverband der Freien Radios, die Assoziation freier Gesellschaftsfunk e. V. (AFF) den Zahlen der Medienanstalt daher eigene Berechnungen entgegengestellt. Während die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg auf Basis von Daten aus dem Jahr 2016 mit 14 Sendern von insgesamt 2 Millionen Euro für vier mögliche regionale DAB+-Kacheln ausgeht (Berner/Kupfer 2016: S. 2), benötigt man aus Sicht der AFF mit leicht abweichendem Zuschnitt der Bedeckungen nur rund 530.000 Euro (Reimann 2020), also kaum mehr als ein Viertel davon. Ebenso wurden Vorschläge erarbeitet, um die begrenzten Fördermittel optimal zu nutzen. Beispielsweise wäre es denkbar, einen Vorwegabzug aus Rundfunkmitteln zugunsten der nichtkommerziellen DAB-Plattform zu verwenden. Bei einer Ausstrahlung über Standorte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks würden die dadurch entstehenden Mieteinnahmen den vorgenommenen Vorwegabzug für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kompensieren. Die AFF plant außerdem eine gemeinnützige Betriebs-GmbH, wie sie beispielsweise im Konzept des in Deutschland bekannten gemeinnützigen Mietshäuser-Syndikats verankert ist.

Einen Schritt weiter in eine ähnliche Richtung geht bereits die Medienanstalt in Mecklenburg-Vorpommern. Sie setzt bei der Ausschreibung einer Plattform auf ein non-profit Modell. Ausschließlich von und für nichtkommerzielle Initiativen soll der DAB+-Block 10A in Rostock belegt werden (MMV 2021). Der damit betraute Sender Radio LOHRO ist zuversichtlich, die entsprechenden Anforderungen zeitnah umsetzen zu können. Das Vorgehen birgt durchaus Charme: Nutzt es doch das Engagement, die Kreativität, das Empowerment und die Experimentierfreudigkeit der Freien Radios, um innerhalb eines sogenannten Flächenlandes, wo Rundfunkmittel nur spärlich vorhanden sind, innovative Lösungen umzusetzen und zu etablieren. In der Schweiz existiert mit der Digris AG für beide Ansätze bereits seit Jahren die Blaupause eines

Non-Profit Betreibers.¹ Seit 2014 baut die Digris basierend auf Small Scale DAB die DAB+-Infrastruktur für den dortigen nichtkommerziellen Radioverband Unikom aus. Die Sendeplätze der Plattform werden von einem unabhängigen Experten:innengremium, dem Radorat, vergeben. Bei der Vergabe auch an Webradios und Nicht-Unikom-Mitglieder wird vor allem auf Lokalbezug und Vielfalt geachtet (Unikom 2014). Gemeinsam mit der Open Digital Radio Initiative stellt das Unternehmen einen Open Source Bausatz für eine quelloffene DAB-Übertragungskette zur freien Verfügung (Open Digital Radio o. D./a). Diese kostenfreie Software wird wiederum von kommerziellen Unternehmen wie der Divicon bei der Einführung von Small Scale DAB in Sachsen genutzt (Open Digital Radio o. D./b). Die Förderung nichtkommerzieller Betreiber nutzt so also dem gesamten Markt.

Der Public Value von nichtkommerziellem Rundfunk

Jenseits der Bestrebungen auf DAB+ Platz zu nehmen, arbeiten die Freien Radios in internationalen Netzwerken auch daran, die Bedingungen für die Verbreitung im Internet zu verbessern. Kollaborative Entwicklung von Open-Source-Tools und Metadaten-Austausch über dezentrale Netze ist die Replik auf Filterblasen und Echokammern (BfR 2021). Die Radios haben sich vernetzt, Entwicklungsprojekte durchgeführt, Ergebnisse gesammelt, Vorschläge erarbeitet und Forderungen an Politik und Regulierungsbehörden herangetragen: Sie fordern in Bezug auf ihre zukünftige Verbreitung Gleichstellung mit anderen Rundfunkveranstaltern (AFF e. V. 2019).

Die Medienanstalten sind jetzt aufgerufen, gemeinsam mit den NGOs tragfähige Konzepte umzusetzen, die den partizipativen Ansätzen der Sender gerecht werden. Die Freien Radios müssen dringend für die digitale Migration fit gemacht werden, bevor die KEF die Fördermöglichkeiten 2029 endgültig beendet. Regionale und lokale multiplex Kacheln müssen geöffnet und Kanäle für Freie Radios reserviert werden. Der DAB+ Simulcast-Betrieb über die koordinierten Kanäle muss sofort starten, um den Non-Profit-Sendern die Möglichkeit zu geben, die Strukturen für die neuen Wege noch rechtzeitig zu adaptieren.

¹ <https://www.digris.ch>

Es ist wissenschaftlich belegt, dass die nichtkommerziellen Radios in besonderem Maße einen Beitrag zur Meinungs- und Angebotsvielfalt leisten (Peissl/Seethaler 2020: S. 54–55) und damit zur Medientransparenz und Stärkung demokratischer Prozesse beitragen. Es wäre daher folgerichtig, sie privilegiert mit dem Prädikat „Public Value“ (MStV [2020] §84 [5]) auszustatten. Sender mit dieser Hervorhebung müssen in Benutzeroberflächen zukünftig leicht auffindbar berücksichtigt werden (MStV [2020] §84 [3]). Die Bewertung, wer Public Value ist, wird von der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Arbeitsgemeinschaft der Medienanstalten (ALM) getroffen (MStV [2020] §84 [8]; ALM 2021: Public Value Satzung §3 [1]). Die Meinungsbildung innerhalb der Medienanstalten, dass nichtkommerzielle Anbieter die Anforderungen grundsätzlich erfüllen, sollte umgehend stattfinden und eine entsprechende Initiative auf den Weg gebracht werden, den Medienstaatsvertrag (MStV) dahingehend zu ergänzen. Laufende und zukünftige regulatorische Maßnahmen müssen Freie Radios mit einbeziehen.

Die europäische Politik ist aufgefordert, die Weichen für die Digitalisierung der Infrastruktur auch für die Zivilgesellschaft in die Wege zu leiten. Der Ruf nach Erhalt des Lokaljournalismus schließt die Community Medien unbedingt mit ein. Eindeutige gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Verbreitung wären hilfreich und notwendig. Daneben benötigen die Community Medien für Mediatheken und Sendesteuerungen Digitalisierungsförderung. Es gilt vor allem darauf zu achten, die lebendige Kultur der lokalen Community Sender nicht mit der Abschaltung von UKW zu zerschlagen.

Der Europarat und das Europaparlament haben bereits mehrfach den immensen Wert der Bürgermedien für Medien- und Demokratiekompetenz, lokalen Journalismus, kulturelle und sprachliche Vielfalt, Medientransparenz, Medienpluralismus und besondere Verdienste bei sozialer Integration und interkulturellem Dialog betont (Europarat 2018: Präambel 9; Europaparlament 2008). Eine alleinige Verbreitung über das heutige Konzept des Internets könnte für Hunderte Community-Radios in Europa das endgültige Aus dieser wertvollen sozialen Orte bedeuten. Die Abschaltung von UKW ohne etablierte, tragfähige Alternativen würde einen irreparablen Schaden am Konzept des linearen Radios verursachen.

Welche Technologie auch immer die Zukunft für den Hörfunk bereithält, es ist unabdingbar, die gleichberechtigte Auffindbarkeit und Verbreitung technisch und inhaltlich regulatorisch für die Community

Medien in einem European Public Space jederzeit sicher zu stellen. Um die Demokratie zu stärken und diese Anforderungen jederzeit rechtssicher zu gewährleisten, sollten die jahrelangen Forderungen von Europaparlament (Europaparlament 2008: 15), Europarat (2018: 13) und der UNESCO (UNESCO 2015) nicht nur in Deutschland endlich umgesetzt werden: Es ist dringend geboten den Freien Radios den Status einer „Dritten Säule des Rundfunksektors“ zuzusprechen.

Autorin

Sabine Fratzke ist Gründerin von Radio free FM in Ulm und hat als Geschäftsführerin die Radio free FM gem. GmbH geleitet. Als Vorstandin des Redaktionsvereins von Radio free FM, Sprecherin des Landesverbands Assoziation freier Gesellschaftsfunk Baden-Württemberg e. V. sowie Vorstandin des Bundesverbands Freier Radios e. V. vertritt sie die Interessen der Freien Radios. Als Beirat des Cultural Broadcasting Archive und als inhaltliche Projektleiterin des Digitalisierungsprojekts „danube streamwaves“ digital vernetzt sie derzeit die Freien Radios im Donauraum. Kollaborative digitale Ansätze, wie die gemeinsame Weiterentwicklung von Mediatheken, stehen dabei im Fokus.

Bibliographie

- Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in der Bundesrepublik Deutschland (ALM) (2021): Satzung zur Durchführung der Vorschriften gemäß § 84 Abs. 8 Medienstaatsvertrag zur leichten Auffindbarkeit von privaten Angeboten (Public-Value-Satzung). 01.09.2021 https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/Rechtsgrundlagen/Satzungen_Geschaefts_Verfahrensordnungen/Public_Value_Satzung.pdf [1/10/ 2021]
- Assoziation Freier Gesellschaftsfunk Baden-Württemberg (AFF) e. V. (2019): Gleichbehandlung Freier Radios. 14.11.2019 <https://www.aфф-bawue.org/2019/11/14/gleichbehandlung-freier-radios> [1/10/ 2021]
- Berner, Walter und Steffen Kupfer (2016): Vorschlag für die Einstiegsnetze für die 4 Regionalkacheln für DAB+ in Baden-Württemberg [Studie]. Landesanstalt für Kommunikation. Stuttgart: 26.04.2016.

- Boutterin, Emmanuel (2021) [Président Syndicat National des Radios Libres (SNRL)]: Réponse questionnaire DAB+ FRANCE, [E-Mail] gesendet an Sabine Fratzke am 02.10.2021
- Bundesverband Freier Radios (BfR) e. V. (2021): European Public Space. re:publica 20. – 22. Mai. Internet: 11.05.2021 <https://www.community-media.net/european-public-spaces/> [1/10/ 2021]
- Bundesverband Freier Radios (BfR) e. V (2012): Charta. Marburg: 18.03.2012 <https://www.freie-radios.de/ueber-uns/charta.html>
- Dehn, Peter (2020): DAB+ und der Streit um UKW-Antennen <http://www.dehnmedia.de/?page=allg&subpage=antennenstreit> [1/10/ 2021]
- Europaparlament (2008): Beschluss zu gemeinnützigen Bürger- und Alternativmedien in Europa. Brüssel: 25.09.2008, P6_TA(2008)0456, 2008/2011(INI) https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-6-2008-0456_DE.html?redirect [1/10/ 2021]
- Europarat (2018): Empfehlung des Ministerkomitees der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu Medienvielfalt und Medientransparenz. 1309. Sitzung. CM/Rec(2018)1. 07.03.2018 https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=0900001680790e13 [1/10/ 2021]
- Europarat (2009): Erklärung des Ministerkomitees der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zur Rolle der Bürgermedien bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts und des interkulturellen Dialogs, 1048. Sitzung. 11.02.2009 https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectID=09000016805d1bd1 [1/10/ 2021]
- Europarat (o. D.): Themenschwerpunkt Community Medien [webseite] <https://www.coe.int/en/web/freedom-expression/community-media> [1/10/ 2021]
- Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) (2018): 21. KEF Bericht. 02/2018 https://kef-online.de/fileadmin/KEF/Dateien/Berichte/21_Bericht.pdf [1/10/ 2021]
- Kretzschmann, Roland (2015): Untersuchung des DAB+-Empfangs (indoor und outdoor) mit mobilen und portablen Receivern im Falle der lokalen Versorgung urban strukturierter Verbreitungsgebiete mit einem DAB+-Kleinleistungssender, Ergebnisse des DAB+-Strahlungsversuches im Stadtgebiet Stuttgart vom 03.03. bis 09.04.2015. Release 1.4. Stuttgart: Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LfK). 24.09.2015 <https://web.archive.org/web/20170902220719/> https://www.lfk.de/fileadmin/media/pdf/UntersuchungenDABEmpfang_final_20150907.pdf [1/10/ 2021]
- Landtag Niedersachsen (2019): Für eine digitale Radiozukunft, Unterrichtung der Landtagspräsidentin an die Landtagsverwaltung zum Beschluss des Niedersächsischen Landtags Drucksache 18/3957, 18. Wahlperiode, 51 Sitzung. Drucksache 18/4025 (1 S.). Hannover: 19.06.2019 <https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen%5F18%5F05000/04001-04500/18-04025.pdf> [1/10/ 2021]
- Medienstaatsvertrag (MStV) (2020): Die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland. 07.11.2020 <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/MStV> [1/10/ 2021]
- Medienanstalt Mecklenburg Vorpommern (MMV) (2021): Ausschreibung einer DAB+-Übertragungskapazität zur nichtkommerziellen Nutzung für den Großraum Rostock. Schwerin: 07.05.2021 <https://medienanstalt-mv.de/aktuelles/ausschreibungen/105-ausschreibung-einer-dab-uebertragungskapazitaet-zur-nichtkommerziellen-nutzung-fuer-den-grossraum-rostock.html> [1/10/ 2021]
- Open Digital Radio (o. D./a): Software [webseite] <http://www.opendigitalradio.org/software> [1/10/ 2021]
- Open Digital Radio (o. D./b): ODR usage map [webseite], siehe Freiberg und Leipzig <http://www.opendigitalradio.org/software/odr-usage-map> [1/10/ 2021]
- Peissl, Helmut und Josef Seethaler (2020): Public Value des Nichtkommerziellen Rundfunks, [Studie]. Wien: Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH. 06.07.2020 <https://www.rtr.at/medien/aktuelles/publikationen/Publikationen/StudiePublicValue-2020.de.html> [1/10/ 2021]
- Reimann, Andreas (2020): Absichtserklärung und Kalkulation zum Eigenbetrieb eines DAB-Plus-Multiplex, [Email] i. A. Assoziation Freier Gesellschaftsfunk Baden-Württemberg (AFF) e. V gesendet an Sonja Wurst [Büro Präsident der LfK] / Wolfgang Epp [Vorsitzender des Medienrats der LfK] am 07.05.2020
- Telekommunikationsgesetz (TKG) (2020): Die Bundesrepublik Deutschland. 14.02.2020
- UNESCO (o. D.): UNESCO Community Media Sustainability Policy Series <https://en.unesco.org/community-media-sustainability/policy-series> [1/10/ 2021]

Frei, anonym und kostenlos – was geschieht mit den freien Frequenzen?

UNESCO (2015): Recommendations. Community Media Sustainability: Strengthening Policies and Funding. 14. – 15. 09.2015. Paris: http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/CI/CI/pdf/news/community_media_sustainability_recommendations_en.pdf

Unikom (2014): News Archiv [webseite], 01.06.2014 | Neue Töne auf DAB+ in Genf <http://www.unikomradios.ch/index.php?type=archive> [1/10/ 2021]

Eine englische Version des Artikels ist in dem Buch „BUILDING A EUROPEAN DIGITAL PUBLIC SPACE“ zu finden.

Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit

Communitymedien und die Herausforderungen und Perspektiven der Digitalisierung

Ingo Leindecker und Michael Nicolai

Abstract

Der digitale Medienwandel verlangt den Communitymedien erweiterte Konzepte und zusätzliche mediale Strategien ab. Um ihre gesellschaftspolitische Relevanz zu bewahren, müssen sie Antworten auf die drängenden Fragen der rasanten Dynamiken der Digitalisierungsprozesse finden. Wie können sie ihre demokratiepolitische Funktion angesichts einer immer größeren Konkurrenz um Aufmerksamkeit erhalten und ausbauen? Wie kann der Plattformmonopolisierung entgegengewirkt werden und was können Communitymedien tun, um die politische Öffentlichkeit zu stärken und ihre medialen Diskursräume aktiv mitzugestalten? Im Folgenden werden wichtige Eckpunkte einer Digitalstrategie für Communitymedien skizziert.

Einleitung

Communitymedien hatten und haben es sich bis heute zur Aufgabe gemacht, die Medienlandschaft zu demokratisieren. Sie tragen zur Meinungsfreiheit bei, indem sie einen niedrighschwelligigen Zugang zur aktiven Nutzung von Massenmedien schaffen. Sie fördern Meinungsvielfalt, indem sie marginalisierten Stimmen und Positionen zu Öffentlichkeit verhelfen, Communities vernetzen und zu öffentlichen Debatten beitragen bzw. diese sogar erst ermöglichen. Nicht zuletzt sind sie wichtige Orte des Erwerbs und der Vermittlung von Medienkompetenz. Auf diese Weise leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu einer politischen Emanzipation mit dem klaren Ziel, zivilgesellschaftlichen Communities die mediale Teilhabe und dadurch auch eine echte Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung zu ermöglichen.

Auch für die Communitymedien bringt der digitale Medienwandel jedoch weitreichende Veränderungen mit sich, die nicht nur einen Strukturwandel der Medien zur Folge haben, sondern auch einen Strukturwandel der medialen Öffentlichkeiten selbst. Damit Communitymedien angesichts dieser Entwicklung ihre Relevanz für Produzent:innen und Rezipient:innen gleichermaßen erhalten, aber auch weiter ausbauen können, sehen wir bei Ihnen die Notwendigkeit für neue Strategien und Instrumente, für eine Optimierung der Strukturen sowie für eine Erweiterung des eigenen Selbstverständnisses vom „Infrastrukturprovider“ zum Kurator und Vermittler. Nur so kann es gelingen, den entstandenen medialen und den damit einhergehenden gesellschaftlichen Verwerfungen positiv entgegenzuwirken.

Unabhängige Infrastrukturen: Warum Communitymedien auch in Zukunft relevant sein werden

Ein erheblicher Teil öffentlicher Meinungsbildung findet heute auf wenigen kommerziellen Plattformen statt. Das heißt, dass die Bedingungen und Formen freier Meinungsäußerung allein von der marktwirtschaftlichen Logik und den kommerziellen Geschäftsmodellen der entsprechenden Plattformbetreiber:innen bestimmt werden. Darüber hinaus sind der

Zugang und die inhaltlichen und ethischen Richtlinien der Plattformen abhängig von den individuellen Positionen der Inhaber:innen bzw. der Betreiber:innen. Oft verlieren Produzent:innen durch das Hochladen auf die Plattformen die Rechte an den eigenen Inhalten oder müssen sich einer monetären Verwertung ihrer persönlichen Daten aussetzen, um am semi-öffentlichen Diskurs teilhaben zu können. Algorithmen lenken die Aufmerksamkeit dabei auf Inhalte, die gut zu vermarkten sind, schmälern so die mediale Vielfalt und beeinflussen massiv deren Wahrnehmbarkeit. Da unter solchen Voraussetzungen kein echter demokratischer Diskurs stattfinden kann, ist es notwendig, unabhängige, nicht-kommerzielle Infrastrukturen und demokratische mediale Räume („Public Open Spaces“) zu schaffen, die öffentliche Debatten und Meinungsbildung unter gemeinwohlorientierten Bedingungen ermöglichen und fördern.

Neben der unschlagbaren inhaltlichen und sprachlichen Vielfalt haben Communitymedien hier zwei der wichtigsten Leistungen zu bieten: eine unabhängige Infrastruktur und die rechtliche Souveränität der Produzent:innen über die eigenen Inhalte. Zusätzlich zur Herstellung des technischen Zugangs müssen Communitymedien daher in Zukunft vor allem Katalysatoren für zivilgesellschaftliche Medienproduktion unter „demokratischen“ Voraussetzungen sein.

Der aktive Übergang in die digitale Welt wurde von den Communitymedien leider teilweise zu spät bzw. zu wenig eingeleitet: Wo sie in den vergangenen Jahrzehnten oft mühsam die Zugänge zur terrestrischen und digitalen Verbreitung von Radio und TV erkämpft und behauptet hatten, sind in den vergangenen Jahren oft nur in Reaktion auf neu entstandene Medienangebote bzw. ein verändertes Nutzer:innenverhalten zusätzliche digitale Kanäle genutzt worden. Die Entscheidung, welche Plattform opportun ist und wie die Regeln zu deren Nutzung auszuschauen haben, wurde dann weitgehend individuell in den einzelnen Communitymedien – oft mit Bauchschmerzen – getroffen. Nicht selten wurde dabei der Widerspruch zwischen eigenem gesellschaftspolitischen Anspruch und notwendigem Pragmatismus offensichtlich. Für die kurz- und langfristige Zukunft heißt dies: Für demokratische Verhältnisse im Internet müssen unabhängige, gemeinnützige Medien-Infrastrukturen geschaffen werden, die Datenschutz, Datenhoheit sowie langfristige und freie Nutzbarkeit garantieren. Communitymedien müssen in diesem Prozess nicht an Relevanz verlieren. Im Gegenteil: Sie bieten genau diese unabhängigen Infrastrukturen, die für den Erhalt der öffentlichen Diskursräume zunehmend von Bedeutung sind.

Communities

Communitymedien haben insbesondere in der Vernetzung und im Empowerment ihrer Produzent:innenschaft die größte Erfahrung und Wirkung. Als selbstverwaltete und -organisierte Einheiten fördern sie die politische und mediale Teilhabe und verknüpfen und bündeln gemeinschaftliche Interessen. Sie ermöglichen die Aushandlung von Inhalten und Positionen und bieten zumindest auf lokaler und regionaler Ebene wertvolle Strukturen für die Organisation und Verstärkung zivilgesellschaftlicher Anliegen. Als Orte der Vergemeinschaftung erfüllen die Communitymedien eine besondere gesellschaftspolitische Aufgabe und wirken so den Tendenzen ausgeprägter Individualisierung, gesellschaftlicher Entsolidarisierung und medialer Vereinzelung entgegen. Der ungebrochene Zulauf von Programmmachenden zeigt, wie hoch der Stellenwert und Bedarf an derartigen Einrichtungen nach wie vor ist.

Damit leisten Communitymedien einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der für die Demokratie so vitalen Funktionen von politischer Öffentlichkeit. Gleichzeitig wirken sie damit einer Zerrüttung der demokratischen Konsensbildung entgegen, die durch national-autoritären Populismus, politisch vereinnahmte Medien, Phänomenen wie Hate Speech und nicht zuletzt einer nie dagewesenen Plattformmonopolisierung zunehmend unter Druck gerät.

Doch wie können die genannten Funktionen angesichts des medialen Wandels und der damit einhergehenden dramatischen Veränderung der Mediennutzung erhalten und ausgebaut werden?

Der Kampf um die Aufmerksamkeit

Seit mehreren Jahren können wir gewaltige Umbrüche in der Medienlandschaft beobachten: Längst sind die Grenzen zwischen Print-, Online- und Rundfunkmedien verschwunden und die Alleinstellungsmerkmale der alten Leitmedien aufgehoben: Zeitungen machen Podcasts, Radiosender produzieren bewegte Bilder, TV-Sender widmen sich Online-Journalismus. Eine wachsende Zahl an freien Produzent:innen produziert selbständig und ohne klassische (Community-)Medieninfrastruktur oder Herausgeber:innen im Hintergrund mediale Inhalte. Produziert und konsumiert wird on demand statt linear, live-Streaming bildet dazu die

Ergänzung. Kommerzielle Internetplattformen erweitern kontinuierlich die Nutzungsmöglichkeiten. Wo vor einigen Jahren noch ausschließlich Bilder und kurze Kommentare veröffentlicht werden konnten, laufen heute live-Streams, Videoplattformen sind längst Live-Chatrooms und Live-Veranstaltungsräume. Der Medienkonsum wird dabei immer mobiler, individueller und interaktiver. Auf diese Weise werden mediale Öffentlichkeiten zusehends diverser, kleinteiliger und privater.

Auch „Branchenfremde“, wie kommerzielle Unternehmen, kommen als neue Player – und damit als zusätzliche Aufmerksamkeitskonkurrenz – hinzu: Mit eigenen PR-Medien treten sie selbst als Contentproduzent:innen auf und instrumentalisieren dabei im Sinne der Markenidentität immer öfter auch zivilgesellschaftliche Bewegungen für ihre gewinnorientierten Zwecke, wie etwa die Nike-Schuhmarke Jordan, die sich als Teil der Black Lives Matter Bewegung geriert. Der Kampf um die Aufmerksamkeit des Publikums bzw. der Nutzer:innen wird also immer größer und erfordert nicht nur immer mehr technische Unterstützung, sondern auch professionelle Marketingexpertise und -instrumente. Folgerichtig müsste daher die politische Forderung der Communitymedien, öffentlich senden zu können, ergänzt werden um folgende grundlegende Forderung: Dem Recht gehört zu werden. Denn bisherige Förderinstrumente – sofern es sie überhaupt gibt – erschöpfen sich in der Finanzierung der Contentproduktion, der Ausbildung oder der Basisinfrastruktur. Damit Inhalte künftig jedoch auch tatsächlich noch das Zielpublikum erreichen, bedarf es neuer und vor allem professionellerer Instrumente. Mehr finanzielle Mittel für den Vertriebs- und Technologiebereich sind dazu unabdingbar.

Wenn sich also Communitymedien weiterhin bzw. noch mehr als bisher an der Demokratisierung der Medienlandschaft und der öffentlichen Meinungsbildung beteiligen möchten, müssen sie aktuell noch stärker aus der Rolle des „Infrastrukturproviders“, der in erster Linie den Zugang herstellt, heraustreten und zunehmend eine aktive, vermittelnde Rolle zwischen Produzent:innen und Rezipient:innen einnehmen. Die neuen technischen Mittel und Verbreitungswege bringen dabei auch neue Möglichkeiten und Freiheiten, Debattenräume inhaltlich und formal bzw. ästhetisch zu gestalten. Das eröffnet eine Fülle an Perspektiven.

Die oben angesprochenen Veränderungen bringen aber auch eine Reihe neuer demokratiepolitischer Defizite hervor, die auch als Chance für eine Erweiterung des eigenen Selbstverständnisses verstanden werden können: Durch die beschleunigte Monopolisierung der Medien,

die Vergrößerung der entsprechenden „Einzugsgebiete“ wie auch durch den Rückzug des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Verfall des klassischen lokalen Printjournalismus rücken lokale Themen und Inhalte medial immer mehr in den Hintergrund. Hier haben die Programme der Communitymedien gerade wegen ihres starken Lokalbezugs ein enormes Potential zur Steigerung der eigenen Relevanz und Vertrauenswürdigkeit. Beides sind in Zukunft die zentralen „Währungen“ für die Erschließung neuer Zielgruppen. Die inhaltliche Vielfalt, der Special-Interest-Charakter und die Authentizität des Programms sind weitere Stärken der Communitymedien. Maßgeblich ist es dabei, dass Inhalte zeitgemäß produziert werden, echten eigenen Interessen folgen und die Zielgruppen in ihren jeweiligen Kanälen auch entsprechend erreicht werden. Außerdem können sich Communitymedien gegenüber den undemokratischen kommerziellen Plattformen mit grundrechteorientierten Alternativansätzen profilieren, etwa in der Schaffung demokratischer Kommunikationstools oder der Entwicklung bzw. Implementierung neuer Algorithmen, die Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit fördern statt sie zu unterminieren. Nicht zuletzt haben Communitymedien im Ausbildungsbereich weiteres Ausbaupotential, denn Medien- und Technologiekompetenzen werden als Demokratiekompetenzen in Zukunft noch nötiger und zentraler, siehe Fake News, Hate Speech, Verschwörungsmythen u.a.

Der Umstand, dass sich Mediennutzung und Verbreitungskanäle immer stärker ins Netz verlagern und Formate interessens- und situationsabhängig auf Abfrage, mobil und immer interaktiver konsumiert werden, spricht dafür, dass auch Communitymedien die Verbreitung ihrer Inhalte und ihre Debattenräume sukzessive dorthin verlagern und die Wahl des Mediums (Ton, Bewegtbild, Text, Interaktives und/oder Mischungen daraus) für den jeweiligen Inhalt an die jeweilige Zielgruppe anpassen. Auch auf Seite der Produzent:innen wird zunehmend dezentraler und ortsunabhängiger produziert und Plattformen wie freie-radios.net oder cba.media werden immer mehr zu „Erstausstrahlern“.

Proaktiv kuratierte Plattformen: Kollektivierung als Auftrag

Communitymedien könnten also zu digitalen Plattformen werden, über die sie ihre Communities vernetzen. Gleichzeitig können sie die Communities dabei unterstützen, ihre jeweiligen Anliegen auszustrahlen und zu verbreiten bzw. zu konzertieren, zu mobilisieren oder auch zu kampagnisieren. Das Nutzungsverhalten der jeweiligen Zielgruppe zu erkennen und entsprechend zu nutzen, ist dabei die zentrale Kernkompetenz. Neben der nicht-kommerziellen Infrastruktur wäre daher der Aufbau von professionellen Vertriebs- und Vermarktungsinstrumenten, von Kommunikations- und Communityfeatures sowie der entsprechenden Strukturen ein wesentlicher Zukunftsaspekt. All dies kann dann Anreiz und Motor sein für zivilgesellschaftliche Produzent:innen, sich dieser Plattformen weiterhin als funktionierende Verstärker und als Schnittstellen zum Publikum zu bedienen.

Eine aktivere Rolle bestünde außerdem darin, Dialog, Kollaboration und Kollektivität proaktiver zu fördern, indem Produzent:innen bewusst zur Zusammenarbeit bei bestimmten Themen oder einzelnen Schwerpunkten ermutigt werden. Die „Kuratorfunktion“ würde darin bestehen, die gemeinschaftliche Aushandlung von Prinzipien und Werten, von Regeln und inhaltlichen Positionen zu befördern. Gleichzeitig sollten die Communitymedien weiterhin offene Räume als Versuchs- und Lernorte bieten, in denen gemeinschaftliche Interessen innerhalb der Communities nicht nur gepusht werden, sondern auch neu entstehen können.

Auch die Stärkung der eigenen Rolle als Herausgeber:in, sprich das Setzen inhaltlicher Akzente bzw. die Produktion eigener redaktioneller oder journalistischer Programme würde die jeweiligen Senderprofile schärfen. Nicht zuletzt würde dies auch eine gesteigerte Außenwahrnehmung wie auch eine höhere Credibility und damit Relevanz zur Folge haben. Gleichzeitig kann Kollektivierung ebenso auf Seite der Rezipient:innen erfolgen, indem sich einzelne fragmentierte Öffentlichkeiten und Partikularinteressen zu größeren Publikumsgruppen vereinen. Zusammenfassend würde eine derartige „konzertierende“ Kurator:innenrolle zahlreiche Perspektiven dazu bieten, das Programm und den eigenen zivilgesellschaftlichen Nutzen aktiver und damit schlagkräftiger zu gestalten.

Strukturbündelung, Ressourcensharing und Erschließung neuer Finanzierungsquellen

Die hier dargelegten Perspektiven und Entwicklungsnotwendigkeiten im Sektor der Communitymedien können nur dann sinnvoll weitergedacht werden, wenn wir einen grundsätzlichen Aspekt dieses Sektors einbeziehen: Nämlich dass wir hier über in der Regel selbstorganisierte Organisationen sprechen, deren Arbeit zum Großteil unentgeltlich geleistet wird. Wo finanzielle Förderungen vorhanden sind, decken diese oft kaum den Bedarf zur Aufrechterhaltung des Sendebetriebs oder aber finanzieren die wesentlichen, notwendigen Arbeitsbereiche in oft prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das stellt die Communitymedien in Bezug auf die dringend notwendigen und auch erheblichen Veränderungen bei der Digitalisierung vor große Herausforderungen. Die Forderung nach finanzieller Unterstützung durch Mittel aus Rundfunkbeiträgen für nicht-kommerzielle Medien kann hier nur einer von vielen Wegen sein, zumal die dafür notwendige politische Arbeit erfahrungsgemäß nicht nur lange Zeiträume in Anspruch nimmt, sondern darüber hinaus deren Erfolg auch ungewiss ist. Communitymedien müssen deswegen nicht nur alternative Finanzierungsmethoden, wie etwa Crowdfundings oder Beitragsmodelle in den Communities u.v.a. ersinnen. Vielmehr müssen sie auch ihre ureigene Qualität als Netzwerkknotten nutzen und ausbauen: Es muss eine Bündelung und Konzentration von Kräften angestrebt und umgesetzt werden durch den Austausch und die Verknüpfung von Know-how in technologischen, technischen und bildungsbezogenen Bereichen, aber auch durch den Austausch von Produktionen und infrastrukturellen Ressourcen sowohl auf lokalen, regionalen, nationalen als auch internationalen Ebenen. Wenn sich Communitymedien – ob Radio oder TV – mit lokalen Communities vernetzen und gleichzeitig auch Medienmachende erreichen, die bislang individuell Content in eigenen Kanälen auf kommerziellen Plattformen verbreiten, kann – ganz im Sinne der ureigenen Idee der Communitymedien – ein hohes gesellschaftspolitisches Potenzial im Sinne der Idee der Communitymedien entstehen. Die existierenden regionalen und nationalen Verbände verweisen seit Längerem auf dieses Potenzial und haben ihre Bedeutung als Netzwerkorganisationen in den vergangenen zwanzig Jahren beständig

weiterentwickelt. Auf internationaler Ebene gestaltet sich die Netzwerkarbeit trotz erwiesener und ungebrochener Notwendigkeit komplizierter. Hier führen die enorme internationale Heterogenität des Sektors und geradezu nicht-existierende Fördermöglichkeiten immer wieder zu existenziellen Schwierigkeiten, für deren Lösung ebenfalls neue strukturelle Lösungen gefunden werden müssen. Der Austausch von Content in Form einzelner Medienbeiträge ist innerhalb eines Sprachraumes erprobt und erfolgreich. Dies beweist nicht zuletzt die langjährige Existenz von „freie-radios.net“ oder „cba.media“. In einzelnen Fällen gab es Versuche eines gemeinsamen Nachrichtenpools, gemeinsamer Radiosendungen mehrerer Stationen, live-Programmübernahmen von Sendestrecken und senderübergreifende Redaktionen und Sendungen zu bestimmten Anlässen¹. Auch über ein gemeinsames Mantelprogramm von nicht-kommerziellen Radios ist in mehreren europäischen Ländern bereits nachgedacht worden. An diesen Beispielen zeigt sich nicht nur der vorhandene Experimentierwille der Communitymedien. Sie belegen auch, dass dort längst die Notwendigkeit von Vernetzung und deren praktischen Umsetzung erkannt wurde.

Auf diese Erfahrungsschätze können die Communitymedien bei der Neuausrichtung einer digitalisierten Zukunftsversion ihrer selbst zurückgreifen – unter Zugriff auf neue technologische Entwicklungen und Möglichkeiten, die sie selbst ihren Bedarfen und spezifischen Gegebenheiten anpassen und nutzen sollten.

¹ In Deutschland und Österreich etwa die Nachrichtensendungen „zip-fm“ und „Stimmlagen“, international bspw. das Musikaustauschprojekt „danube streamwaves“ oder das Radiokunstnetzwerk „radia.fm“; Radio Corax, Radio Z und Radio Dreyeckland sammelten dezentral tagesaktuelle News auf einer gemeinsamen Plattform zur Verwendung in den täglichen Magazinsendungen; KopfstoßFM war ein monatliches Fußballmagazin, bei dem die Redakteur:innen verschiedener Radios zusammenarbeiteten und die bundesweit ausgestrahlt wurde; für die Sendung Witjastiefe III sendeten Redakteur:innen von Radio Corax und FSK gemeinsam vorbereitete Sendungen live gleichzeitig aus Studios in Hamburg und Halle, das Morgenmagazin von Radio Corax wird von Freien Radios in Berlin, Leipzig, Dresden und Frankfurt/ Oder gleichzeitig ausgestrahlt und regelmäßig auch von Leipzig und Hamburg aus gesendet.

Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit

Autoren

Ingo Leindecker ist Vorstandsmitglied und Lead-Developer des cba – cultural broadcasting archive (cba.media) und Vorsitzender von Radio FRO, dem Freien Radio Oberösterreich. Mit weiteren unterschiedlichen Projekten bewegte und bewegt er sich seit Jahren an der Schnittstelle zwischen Kultur, Technologie und Wissenschaft.

Michael Nicolai ist seit mehr als 20 Jahren im Bereich Community Radio aktiv, aktuell bei Radio Corax in Halle an der Saale und beim Freien Sender Kombinat (FSK) in Hamburg. Seit 2016 ist er Präsident von AMARC-Europe, dem Europäischen Ableger des Weltverbandes der Community Radios.

Eine englische Version des Artikels ist in dem Buch
„BUILDING A EUROPEAN DIGITAL PUBLIC SPACE“ zu finden.

Gemeinnützige Technikentwicklung für die Freien Community Medien in Österreich

Ulli Weish und David Trattnig



Gemeinnützige Technikentwicklung für die Freien Community Medien in Österreich

Ulli Weish und David Trattnig

Abstract

Marktradikale Ökonomie in der technischen und digitalen Entwicklung ist spätestens seit den weltumfassenden Pandemie-Schüben in ihrer Wirkmächtigkeit umkämpft. Dennoch halten sich in allen öffentlichen Programmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung weiterhin die Monetarisierungslogiken der Privatwirtschaft. Genau diese Logiken verhindern weitgehend die dringend notwendige nachhaltige kreative Digitalentwicklung, angelegt auf Open Source Basis und in Kollaboration nichtkommerzieller NGOs und Community Medien, an der eine breite Gesellschaft partizipieren könnte. Anhand unterschiedlicher Beispiele wird in diesem Beitrag die Notwendigkeit einer solchen gemeinnützigen Technik- und Infrastrukturentwicklung beschrieben.

Grundprobleme der digitalen Transformation in der Spätmoderne

Medienwandel wird sowohl in der Medienwissenschaft als auch in der Medienpolitik auf mehreren Ebenen seit den späten 1980er-Jahren

intensiv diskutiert. Dabei nehmen medienökonomische Dimensionen dominant den Raum der Debatten ein, die vor allem aus der Perspektive der Werbewirtschaftung geführt werden. Die praktikable Benutzerfreundlichkeit von Medientechnologien beschleunigen und bedrohen gleichzeitig den Wandel traditioneller Geschäftsmodelle von privatwirtschaftlich organisierten Medienhäusern wie auch öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmen, die von Werbefinanzierung massiv abhängig sind. Die ebenso langjährig diskutierten Konvergenzdynamiken vormals trennbarer Medienkanäle werden aktuell ebenso beschleunigt und vertiefen Medienkonzentrationen weltweit. Die gewohnten und erprobten Formen und Formate erodieren in einem Wechselspiel aus Verlust des Werbekapitals, Gratis-Content und einer Abwanderung von Nutzer:innen in Social Media-Kanäle, die in ihrem Selbstverständnis keine journalistischen Plattformen darstellen. Der zunehmende Quotendruck im Mediensektor ist der Kampf um das Werbekapital in der Medienindustrie. Bisher geltende Dimensionen wie journalistische Qualität, Wissensvermittlung oder demokratiepolitische Aufklärung scheinen damit endgültig abgelöst zu sein. Die Existenz nichtkommerzieller Medienbetriebe als Nischensektoren, wie die Freien Radios und Community TVs bleiben in diesen Konkurrenz-Diskursen folglich häufig unerwähnt. „In nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen – das ist die Signatur unserer Zeit – implementierte man Markt- und Wettbewerbsmechanismen.“ (Nachtwey 2018, S. 11) Dieses Dilemma wird in dem vorliegenden Artikel kursorisch anhand von Beispielen erläutert und eine zukünftige Ausrichtung hin zu einer gemeinnützigen technischen Infrastrukturentwicklung skizziert.

Medientechnologien sind einem stetig beschleunigenden Innovationszyklus unterworfen, der nicht nur die Produktions- und Verbreitungsabläufe journalistischer Arbeit betrifft (Kramp/Weichert 2020), sondern ebenso den ständigen Austausch von neuer Hard- und Software inkludiert. Die damit verbundenen ständig erforderlichen Ressourcen der permanenten technischen Aufrüstung – die Fachsprache ist stets durchdrungen von militärischen Sprachkonfigurationen – stellen für gemeinnützige Infrastrukturbetriebe einen Konkurrenznachteil dar, der in einem gesellschaftlichen Klima der vertiefenden Ungleichheiten (Nachtwey 2018) negative Dimensionen auch in der Mediengesellschaft hat. Gemeinnützige Medienprojekte konnten den prekären DIY-Status und die erforderlichen Selbstausbeutungsmechanismen niemals verlassen. Sie stehen damit außerhalb der Wettbewerbsdynamiken, die

Mainstream-Medien aktuell gegeneinander führen, obwohl gerade Freie Community Medien seit zwei Jahrzehnten einen demokratiepolitischen Beteiligungsmodus anbieten.

„Den politischen Reformen des 21. Jahrhunderts wohnt gar nicht mehr die Intention inne, eine grundsätzliche Verbesserung der sozialen Bedingungen oder die Gestaltung des Gemeinwesens nach demokratisch bestimmten kulturellen oder sozialen Zielen zu erreichen. Stattdessen ist es das beinahe einzige Ziel politischer Gestaltung geworden, die Konkurrenzfähigkeit der Gesellschaft zu sichern oder zu verbessern, das heißt, ihre Beschleunigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten.“ (Rosa 2018, S. 119)

Medienkonzentrationen und neue Monopolisierungen sind dabei weltweit ein Demokratieproblem von zunehmend besorgniserregendem Ausmaß. Aufgrund seiner bereits tradierten hohen Medienkonzentration vorwiegend von wenigen, mächtigen Boulevardmedien stellt dies insbesondere in Österreich ein riskantes Pluralismus-Problem in einer Wissensgesellschaft dar. Der Sektor der Freien Radios und Community TVs steht diesen Dynamiken seit mehr als zwei Jahrzehnten konsequent entgegen. Sie sind dabei seit den späten 1990er-Jahren eine Sonderform des Privatrundfunks. Werbefrei bieten sie allen interessierten Bürger:innen einen offenen Zugang zu den bereitgestellten Produktionsmitteln – im Sinne einer redaktionellen Gesellschaft (Pörksen 2018, S. 186ff.). Freie Community Medien forcieren einen demokratiepolitisch notwendigen Medienbildungsauftrag im Sinne von Media Literacy (Kress 2003; Peissl/Seethaler 2020), stehen dabei aber auch untereinander in zunehmender Konkurrenz, ein aktives Publikum zu erreichen, dieses auch in die Sendeproduktion mit einzubinden und dabei sichtbarer und bekannter für eine breite, vielfältige Bevölkerung zu werden.¹ Auch in aktuellen Debatten zu Medienwandel und digitaler Kommunikationskultur fehlt vielfach die Dimension des gemeinnützigen Mediensektors der Freien Community TVs und Radios als konkrete Praxisbeispiele alteritärer Medieninhalte, wie auch Medienorganisation und -distribution, wenngleich die Problematik transnationaler Problemfel-

1 Zur Weiterentwicklung der CBA um die Sichtbarkeit und Auffindbarkeit von aktuellen (Radio)-Programmen österreichweit sowie im gesamten deutschsprachigen Raum bzw. Vernetzung mit weltweiten nicht-kommerziellen Podcast/Radioarchiven und Verknüpfung mit anderen Institutionen im Sinne eines Public Open Space zu eröffnen siehe den Beitrag von Unterberger/Fuchs in dieser Publikation.

der bzw. rechtlicher Verantwortungskultur zunehmend in den Fokus rückt (Jarren 2019, S. 63–79).

Die aktuellen Förderstrukturen sind in dieser allgemeinen Transformationsphase der Medien für den nichtkommerziellen Sektor völlig unzureichend, da Forschung und Entwicklung im Digitalisierungsbe- reich ausschließlich monetarisierend und verkaufsoptimierend ausge- legt sind. Für eine nachhaltige Medienentwicklung demokratie- und partizipativer Ansätze braucht es daher insbesondere im Mediensektor eine Verankerung von gemeinnütziger Technikentwicklung auf Basis des Open Source Prinzips: Offene transparente Softwareentwicklung, Code als Gemeingut, Partizipation ortsunabhängiger überregionaler techni- scher Entwicklungsprojekte, kreative Kooperation ohne Output-Zwang und vor allem ohne vorherige Monetarisierung, wie sie bisher in allen Förderstrukturen angelegt war und ist.

Gerade in der letzten Zeit der pandemischen Krisen zeigte sich die digitale Vulnerabilität der Konsument:innen wie auch der öffentlichen Organisationen, die beide direkt von der Monokultur der Anbieter und dem Akkumulationsdilemma der Marktriesen betroffen sind. Eine Verbesserung der digitalen Grundversorgung für die neue digitale Gesellschaft wird daher dringend benötigt. Wie Gregor Kucera in der aktuell vor dem Produktions-Aus stehenden ältesten Tageszeitung der Welt schreibt, ist

„Datensouveränität ein essenzielles Recht von Menschen, auch in Zeiten von Corona (sind) User nicht gewillt, die Kontrolle über ihre Daten aufzugeben. (...) Die Zeit scheint reif für einen Kurswechsel. Eine gesamteuropäische Strategie mit einheitlichen Standards und Vorgaben würde durch freie Software im Bereich der Forschung, (...) der Künstlichen Intelligenz und auch der öffentlichen Verwaltung einen Sprung erfahren.“ (Kucera 2020).

Für die Weiterentwicklung von nichtkommerziellen Medien gilt dies in ganz besonderem Ausmaß.

Marktradikale Mythen und demokratiepolitische Investitionen in eine nachhaltige Zukunft

Die Silicon Valley Szenerie, der Hype um US-amerikanische Geschäftsmodelle und die daraus generierten Produkte der Big 5 (EBU Media Intelligence Service 2019), die angeblich durch kleine innovative Start-Ups heraus entwickelt wurden, und aufgrund der Schwarmnutzung (Zuboff 2018, S. 511) durch weltweite User:innen – insbesondere auch durch ein europäisches Massenpublikum – zu gigantischen Medienkonzernen angewachsen sind, dienen dabei als Musterbeispiel von Innovation, Forschung und Verkauf. Doch die Kernthesen dazu sind spätestens seit den bekannten technikökonomischen Studien von Marina Mazucato (2013, insbesondere Kapitel 3 „Der Staat als Risikoträger“, S. 79ff. und Kapitel 5 „Der Staat hinter dem iPhone“, S. 115ff.) als gänzlich falsche Annahme entlarvt. Die neoliberalen, oder besser marktradikalen Grundannahmen (Fisher 2013) von Innovation und Privatkapitalrisiko dienen vielmehr einer ideologischen Abgrenzung zu anderen Technologieansätzen, die einer Monopolisierung entgegengetreten. In den gegenwärtigen österreichischen Förderstrukturen und -sätzen haben diese kooperativen und transparenten Logiken – trotz Ankündigung der aktuellen Bundesregierung – keinen Platz. Denn die Förderlandschaft von technischen Entwicklungen ist auf kommerzielle Outputs ausgerichtet. Zukünftige Medienförderstrukturen, die gemeinnützige Technikinnovationen durch Open Source ermöglichen, müssen daher grundsätzlich neu gedacht und angelegt werden. Denkbar wäre zum Beispiel eine Erweiterung bisheriger Richtlinien im Rahmen bestehender Strukturen, beispielsweise in der Satzung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) des Nichtkommerziellen Rundfunkfonds oder im Rahmen einer neuen Digitalisierungsförderstruktur für gemeinnützige kooperative Medienprojekte, die an Outputs für eine Allgemeinheit und nicht an ökonomischen Mehrwert für Einzelne ausgerichtet ist.

Die aktuelle Krise, die durch die weltweite Pandemie entstanden ist, zeigt deutlich die Instabilität und Verletzbarkeit von bisher gewohnten Abläufen auf. Ausnahmezustände (Agamben 2017) dürfen nicht zur Gewohnheit werden. Langjährig stagnierende Medienpolitiken sollen dabei jetzt nicht durch potentes Lobbying österreichischer Marktriesen dominiert und durchgesetzt werden. Denn Medienvielfalt und unter-

schiedliche Beteiligungsformen zivilgesellschaftlicher Gruppen bei der Erstellung und Verbreitung von Informationen sind für die spätmoderne Demokratie unerlässliche gesellschaftliche Räume des Austauschs und der Demokratiebildung. Bürger:innen und kritische NGOs sehen in der Monopolisierung von Digitalkonzernen eine zunehmende Bedrohung ihrer Privatwelt. Rasche Nutzung von scheinbar kostenfreien Tools wurde aktuell pragmatisch in die Lehrvermittlung der Universitäten, der Schulen und der Medienbetriebe selbst eingesetzt. Der einfachen und unkritischen Nutzung durch überwachungsaffine Datenkonzerne, die durch werbevermittelnde Big Data-Dynamiken alle Felder von Wirtschaft, Privatleben und Öffentlichkeiten durchdringen (Staab 2019; Nachtwey/Staab 2018), ist durch gemeinnützige, nichtkommerzielle Digitalentwicklung entgegenzuwirken, welche wiederum durch einen öffentlich-transparenten Investitionsschub zu forcieren ist. In der aktuell prominent geführten Debatte zum „Zeitalter des Überwachungs-kapitalismus“ (Zuboff 2018, insbesondere Kapitel 11 „Das Recht auf das Futur“, S. 385ff. sowie Kapitel 18 „Ein Putsch von oben“, S. 567ff.) wird der Weg von Innovation, Konzentration und der Aufstieg einer neuen Ära von Macht als instrumentärer Autoritarismus differenziert und beispielsweise erläutert. Gerade die faktische Monotonie von kommerziellen Plattformen wurde jahrelang von politischen Entscheidungen unterstützend begleitet und durch die Anpassung an gestaltete Verhältnisse der (speziell europäischen) Forschungs- und Technik-Strukturförderung fortgesetzt. Gleichzeitig wurden genau diese Abhängigkeiten und das Problembewusstsein durchaus kritisch diskutiert, vielfach mit einem latent eskapistischen Habitus. Ein europäisches Modell von Facebook – ohnehin bereits für die jungen Nutzer:innen völlig veraltet und out – bzw. ein europäisches, nicht-kommerzielles Youtube scheint utopisch und nicht praktikabel. Neue Formate, neue Softwareprogramme und -tools, die nichtkommerziell und nichtüberwachend funktionieren, die ständig weiterentwickelt und adaptiert werden, können daher auch nicht als EINE Gegenmonopolstrategie dienen. Sie können vielmehr nur durch kleine innovative Projekte ausprobiert und in einer kritischen und kompetenten Szenerie getestet und verbreitet werden. Nicht ein, sondern nur vielsträngige Versuche (siehe vor allem auch Grassmuck 2018, S. 313f.; Steinmayer/Wenzel 2018, S. 320f.), können eine alternative Medienentwicklung und -nutzung ermöglichen (siehe auch Mazzucato, Kapitel 8 „Risiken und Profite: von faulen Äpfeln zu symbiotischen Ökosystemen“, S. 211ff.). Die Variante des Scheiterns und Neuaufsetzens

sollten in diesen Versuchen dabei implementiert werden, um Entwicklungsprojekte langfristig zu ermöglichen.

Der freie nichtkommerzielle Mediensektor ist in der Selbstdefinition daher der geeignete Ort für die Entwicklung neuer Softwareprodukte, die nicht auf kommerzielle Abschöpfung von Gewohnheiten abzielen, sondern die medien- und demokratierelevante Informationsbedürfnisse anregen. Gleichzeitig kann der freie nichtkommerzielle Mediensektor in seinen Abläufen zur Selbstorganisation anregen, Strukturen verbessern und aktuelle Produkte ermöglichen, die zeit- und personalschonende Adaptionen ermöglichen. Kooperative Technikentwicklung sollte daher vielfältige Medienentwicklungs-, Archivierungs- und Verbreitungsinnovationen programmieren, adaptieren und gemeinnützig weiterentwickeln; konkret durch Projekte für den nichtkommerziellen Rundfunkfonds, aber auch für transnationale Zivilgesellschaften. Denn aktuell finden in der Softwareentwicklung folgende paradoxe Prozesse statt: Vielfach werden Kerntechnologien zumeist unfertig und von schlechter Qualität auf den Markt gebracht, die dann durch nachträgliche, aufwendige Flickschusterei (Graeber 2018) repariert und funktionsfähiger gemacht werden. Softwareprofis stehen dabei häufig in einer skurrilen Doppelrolle: Bezahltes Flickschustern versus das Ausschöpfen ehrenamtlichen Kreativpotentials. Dies erzeugt in der Praxis folgendes Produktionsdilemma: „Je stärker Softwareingenieure online zusammenarbeiten, um kreative Arbeit umsonst und einfach aus Liebe zu der Tätigkeit als Geschenk für die Menschheit zu leisten, desto weniger Anreiz haben sie, ihre Produkte mit anderen derartigen Softwareprodukten kompatibel zu machen, und desto stärker werden dieselben Ingenieure tagsüber damit beschäftigt sein, die Mängel in Ordnung zu bringen – womit sie die Instandhaltungsarbeiten leisten, die niemand umsonst tun würde.“ (Graeber 2018, S. 317) Demnach nimmt einerseits die Qualität der Produkte insgesamt ab, andererseits findet so kaum eine öffentliche Diskussion um gemeinnützige Technikentwicklung durch Schaffung nichtkommerzieller Softwareproduktion statt. Denn im Ehrenamt wird die eigentlich spannende Entwicklung in den Bereich der Selbstaussbeutung verlagert. So werden Produkte geschaffen, die ex-post kommerzialisiert und spezifiziert werden. Diesen Kreislauf der digitalen Ausbeutung gilt es Schritt für Schritt durch transnationale wie nationale Förder- und Produktlogiken zu durchbrechen, die im Folgenden kursorisch anhand von Beispielen einer gemeinnützigen Technikentwicklung im Sektor der Community Medien skizziert werden.

Automated Radio – die freie Software Suite für Community Radios

Mit dem Projekt Automated Radio (AURA) wurde eine quelloffene Software Suite geschaffen, die einen Betrieb von modernen Community Radios ermöglicht. Durch die Software können Radiomachende ihre Sendungen in einem einfach zu bedienenden Browser-Interface selbstverwaltet organisieren. Gerade die aktuelle Krise hat gezeigt, dass ein niederschwelliger Zugang zu Radioinfrastruktur über das Internet dringend nötig ist. Die Software ermöglicht die automatische Bespielung von Webseiten mit Sendungsinhalten, die Aufnahme und Verwaltung von Mediendateien, wie auch das nahtlose Ausspielen eines Sendepans per UKW oder Internetstreams. Die Anbindung an Podcastdienste wie dem Cultural Broadcast Archive ermöglicht es einem Radiosender die Reichweite abermals zu erhöhen. Durch ein modernes technisches Fundament, einem modularen Aufbau und dem frei zugänglichen Quellcode (unter GNU AGPL Lizenz²) will die Plattform ein One-Stop-Shop für die Freie Radio-Gemeinschaft sein. Anstatt die technische Infrastruktur eines einzelnen Freien Radios ständig neu erfinden zu müssen, bietet AURA eine starke, aber flexible Basis, die leicht an die Bedürfnisse verschiedener Radiosender angepasst werden kann. Zudem können gemeinsame Erfahrungen in die Weiterentwicklung einfließen. Das ist gerade in einem finanziell prekär aufgestellten Sektor eine vitale Grundvoraussetzung. Die Verwaltung wird derzeit durch ein Konsortium aus fünf österreichischen freien Radios (Radio Orange 94.0, Radio FRO, Freies Radio Freistadt, Radio Helsinki und Radiofabrik Salzburg) organisiert. Aufgrund des hohen Innovationsfaktors der AURA-Plattform und dem Fehlen von vergleichbaren, proprietären Produkten, wird hier ein breiter Einsatz erwartet. So gibt es bereits Interesse von weiteren freien Radios aus der DACH-Region, insbesondere aus Deutschland. Diese Voraussetzungen und Perspektiven verlangen allerdings eine Radio-übergreifende Organisation und Finanzierung, um Community Building, reaktionsschnellen Support und agile Entwicklungszyklen bieten zu können.³

² Siehe <https://www.gnu.org/licenses/why-affero-gpl.de.html>

³ Mehr Infos unter <https://gitlab.servus.at/aura/meta>

Entwicklung und Wartung von Responsive Websites und Progressive Web Apps

Seit der „Smartphone Revolution“ werden Websites bevorzugt responsive entwickelt, sprich sie passen sich dem jeweiligen Endgerät automatisch an.⁴ Sei es ein Smartphone, ein Tablet oder eben ein klassischer Desktop Computer – egal wie groß der jeweilige Bildschirm ist – den Nutzer:innen werden die Informationen immer passend dargestellt und ein konsistentes Erlebnis geboten. Da mittlerweile die meisten Webseitenbesuche durch mobile Endgeräte generiert werden, sollen Auftritte primär für die mobile Nutzung entwickelt und optimiert werden (Mobile-First Prinzip). Progressive Web Apps (PWA)⁵ wiederum bilden eine Antwort auf die klassischen iOS und Android Apps. Wo bisher Konzerne wie Apple und Google ihr App-System per Lizenzgebühren, Umsatzabgaben und Datensilos kontrolliert haben, bieten PWAs eine offene Alternative, die eine Entwicklung nach den Standards des World Wide Web Consortiums (W3C).⁶ Standards erlaubt. Der entscheidende Vorteil von solchen Apps liegt darin, dass diese auf jedem mobilen Gerät gleichermaßen verwendet werden können, ohne eine App für jedes Gerät neu schreiben zu müssen. Dies spart Wartungs- und Entwicklungskosten. Da eine Web- und App-Entwicklung im Sektor der Community Medien durch herkömmliche Agenturen nicht leistbar ist, kann hier eine solidarische Bereitstellung solcher Dienstleistungen entscheidende Vorteile bieten.

Anlaufstelle für technische Evaluationen und gesammelte Erfahrungen

Für Radios mit geringem technischen Know-how und wenig Ressourcen soll eine Anlaufstelle geboten werden, um sich über neue, technische Entwicklungen, mögliche Risiken und entsprechende Notfallpläne auszutauschen, wie beispielsweise unterbrechungsfreie Stromversorgungs-Anlagen (USV) zur Überbrückung von Stromausfällen. Letztere gelten mittlerweile nicht nur in Kreisen von Militär und Nachrichtendiensten als plausible Szenarien des Spätkapitalismus, mit denen jeder-

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Responsive_Webdesign

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Progressive_Web_App

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/World_Wide_Web_Consortium

zeit zu rechnen ist. Es kann aber auch einfach ein Ort der gemeinsamen, technischen Vorausschau und Planung von neuen Ansätzen, zum Beispiel neuer Verbreitungswege wie DAB+ oder neuer Konzepte des „Augmented Radio“ sein. Das gesammelte Wissen könnte in Wissensdatenbanken (Knowledge Bases) gespeichert, in gemeinsamen Foren entwickelt und per Schulungen und Trainings vermittelt werden.

Hardware – Service – Dienstleistungen

Anschaffungskosten und Austausch von Hardware, die betriebsstabilisierend sind, sollten durch einen Fonds ermöglicht werden; entweder durch eine explizite Richtlinien-Erweiterung bei dauerhafter Aufstockung des Technischen Budgets der einzelnen Rundfunkanbieter oder auch durch neue Digitalisierungsförderungen, die für den nichtkommerziellen Sektor ohne hoch schwellige und aufwendige bürokratische Abläufe möglich und zugänglich sind. Technische Services könnten in kollektiven Technikteams abgewickelt und kostengünstig in nichtkommerziellen Sektoren angeboten werden, die einen Pool an DIY-Technik und Implementierungswissen als gemeinnützige Arbeitsleistung aufbaut und technische Investitionszwänge damit abfedert.

Regelmäßige Medienenqueten

Medienenqueten zum Thema der nichtkommerziellen Konvergenz von Mediensparten, die auch im Rahmen von Techniker:innen-Austausch vertieft werden, sollten sowohl Face-to-Face als auch digital einen vertrauenswürdigen kooperativen Austausch ermöglichen. Konkret bedeutet Medienkonvergenz für den Sektor wie auch allgemein: Radio-sendungen werden zu Podcasts, diese werden zu Videoradio, TVs werden zu Netzmedien, alle gemeinsam werden zu wissensbasierten und qualitätsorientierten kritischen Informationsvermittler:innen, die zugänglich, vertrauenswürdig, divers und partizipativ sind. Dieser Technikaustausch dient in der Praxis zur konkreten Gründung von Arbeitsgruppen, die spezifische technische Problemlösungen bearbeiten. Technik Think Tanks müssen hier die Vielfalt der Wissensgesellschaft aus einer nicht-

kommerziell getriebenen Motivation anbieten. Dies ist durch die Ressourcenknappheit und ökonomische Parameter bislang nicht garantiert und soll hierbei einen prominenten Platz finden.

In welcher Form und mit welchen Beteiligten diese gemeinnützige Technikentwicklung aufgesetzt wird, sollte in den kommenden Monaten essentiell auf politischer Ebene diskutiert und angestoßen werden, um eine nachhaltige Medien- und Digitalisierungspolitik zu ermöglichen. Der deutsche Prototype Fund könnte hier als positives Beispiel und als Anregung dienen, da dieser einer der ersten öffentlichen Förderprogramme ist, der sich gezielt an Open-Source-Entwickler:innen richtet.⁷ Dieses Förderprogramm des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird von der Open Knowledge Foundation Deutschland betreut. Es unterstützt laut eigener Auskunft Einzelpersonen und kleine (interdisziplinäre) Teams bei der Erprobung von Ideen und Entwicklung von Open-Source-Tools und Anwendungen in den Bereichen Civic Tech, Data Literacy, IT-Sicherheit und Software-Infrastruktur. Gefördert wird die Entwicklung von Public-Interest-Technologien, die zivilgesellschaftliche Interessen in den Fokus stellen. Ein Projekt wird mit maximal 47.500 Euro unterstützt. Für die hier angeregte Technikentwicklung könnte diese Summe lediglich für einen Prototyp ausreichend sein. Für ein komplettes Deployment wäre eine höhere Dotierung notwendig, da neben Innovationen auch die Stabilisierungs- und Weiterentwicklungsarbeit förderbar sein sollte. Zusätzlich zum finanziellen Supports steht beim Prototype Fund auch der Aufbau eines Netzwerks im Vordergrund, was bedeutet, dass im Bestfall während der Umsetzungsphase die Teams mit weiteren Geldgeber:innen, potentiellen Partner:innen oder Förderprogrammen vernetzt werden.

Der gesellschaftliche Mehrwert könnte gerade in einem kleinen Land wie Österreich mit vergleichsweise geringen Mitteln garantiert werden und als Vorbild für weitere europäische gemeinnützige Gründungsinitiativen dienen, wenn zivilgesellschaftliche Expertise für eine zukunftsfähige Entwicklung einbezogen werden.

⁷ <https://prototypefund.de/>

Autoren

Ulli Weish, Mag.^a, Dr.ⁱⁿ, ist Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin an der Universität Wien, Geschäftsführerin von Radio ORANGE 94.0 sowie feministische Medienaktivistin an den Schnittstellen von Medienbildung, Forschung und kritischer Content Produktion.

David Trattnig, <https://subsquare.at/> ist Senior Software Engineer mit besonderem Fokus auf Open Source Software und der Realisierung von gemeinnützigen Utopien sowie Web- und Software-Entwickler bei Radio ORANGE 94.0, dem größten Community Radio in Mitteleuropa.

Bibliographie

- Agamben, Giorgio (2004): Ausnahmezustand. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Cridland, James (2019): Visually Augmented Audio – unsere Zukunft?. <https://www.radioszene.de/136575/visually-augmented-audio.html> [14.07.2021]
- Fisher, Mark (2013): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift. Hamburg: VSA Verlag.
- Graeber, David (2018): Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.
- Grassmuck, Volker (2018): „Für eine europäische Plattform in Public Partnership“, In: Mitschka, Konrad/Unterberger, Klaus (Hg.): Public Open Space. Zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medien. Wien: Facultas Verlag, S. 313–319.
- Jarren, Otfried (2019): Kommunikationsnormen für die digitale Kommunikationsgesellschaft. Kommunikationspolitik als Ansatz zur Etablierung einer neuen Verantwortungskultur, In: Verantwortung im digitalen Zeitalter, Medienjournal Nr.4/2019, Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsforschung. Wien: Facultas Verlag, S. 63–79.
- Kramp, Leif/Weichert, Stephan (2020): Digitaler Journalismus, In: Journalistikon, <http://journalistikon.de/category/digitaler-journalismus/> [14.07.21]
- Kress, Gunther (2003): Literacy in the New Media Age, London: Routledge.

- Kucera, Gregor (2020): Die große Chance für Open Source, In: Wiener Zeitung, <http://wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/medien/2057097-Die-grosse-Chance-fuer-Open-Source.html> [13.07.21]
- Mazuccato, Mariana (2013): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München: Kunstmann Verlag.
- Nachtwey, Oliver (2018): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne (8. unveränderte Auflage). Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver/Staab, Philipp (2018): Das Produktionsmodell des digitalen Kapitalismus, https://www.researchgate.net/publication/329275413_Das_Produktionsmodell_des_digitalen_Kapitalismus [30.06.2019]
- Peissl, Helmut/Seethaler, Josef (2020). Public Value des Nichtkommerziellen Rundfunks. Eine Untersuchung im Auftrag der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR), des forums journalismus und medien wien (fjum) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, <https://www.rtr.at/medien/aktuelles/publikationen/Publikationen/StudiePublicValue-2020.de.html>
- Pörksen, Bernhard (2018): Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung, München: Hanser Verlag, insbesondere Kapitel 6 „Die konkrete Utopie der redaktionellen Gesellschaft“, S. 186ff.
- Rosa, Hartmut (2018): Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Berlin: Suhrkamp.
- Staab, Philipp (2019): Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Berlin: Suhrkamp.
- Steinmauer, Thomas/Wenzel, Corinna (2018): „The Public Value“, In: Mitschka, Konrad/Unterberger, Klaus (Hg.): Public Open Space. Zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medien. Wien: Facultas, S. 320–323.
- Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Eine englische Version des Artikels ist in dem Buch „BUILDING A EUROPEAN DIGITAL PUBLIC SPACE“ zu finden.